

Das Soziale neu erkämpfen

von Martin F. Herndlhofer

Was hat Pax Christi mit Sozialabbau zu tun? Wir sind doch eine Friedensbewegung und für Soziales nicht zuständig. Das ist Sache des Wirtschafts- und Arbeitsministers, der Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände oder der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischofskonferenz.

Was hat Sozialabbau mit Frieden zu tun? Was ist überhaupt Sozialabbau? Oder noch besser: Was sich zur Zeit tut – kann man das eigentlich Sozialabbau nennen? Oder reicht viel weiter?

Nein, ich denke nicht daran, einen Beitrag zu schreiben, der lieb und genießbar ist.

Nein, ich bin nicht bereit, ausgewogen zu sein. Ausgewogenheit – das ist, wenn ich auf der freien Wildbahn namens Kapitalismus, wo Wölfe und Hühner die gleichen Rechte haben, im neoliberalen mainstream von dem lieben Federvieh weniger Anspruchsdenken fordere, mehr Eigeninitiative, weniger Sozialschmarotzerei, mit dem Versprechen: Wenn die Wölfe satt sind, wird es euch auch besser gehen. Ungeachtet der Tatsache, dass sich die Wölfe in den letzten 2 Jahrzehnten überfressen haben und für die Hühner zunehmend weniger abfällt. Nach dem Prinzip: „Abfall“ ist das, was übrig bleibt und euch zusteht.

Ausgewogen bin ich auch, wenn ich – moralisch gesehen – für alle da bin, auch für die Wölfe, denn schließlich sind sie ja auch bloß Menschen.

Das Modell Margret

Margret Thatcher stand für die Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme, für Schwächung der Gewerkschaften, die Abschaffung fast aller Regulierungen für sozialen Ausgleich, eben für Kapitalismus pur. Das Schröder-Blair-Papier sah für Großbritannien ein „Weiter So“ und für Deutschland das gleiche Modell vor. Es wird nun durchexerziert.

S'ist Krieg. Und im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst. Vom gewollten Krieg gegen den Irak wissen wir es. Aber auch im Krieg gegen die Armen und mittlerweile auch gegen einen Teil der sogenannten Mittelschicht wird gelogen und getäuscht, dass sich die Balken biegen.

Wir haben es mit einer Einheitsfront zu tun, gekämpft wird mit harten Bandagen. Zu den Kriegsmitteln gehören auch „Kampfbegriffe“, die Klarsicht und Hausverstand umnebeln und auf Hegemonie in den Köpfen einschwören sollen.

Die Liste dieser Versatzstücke sind bekannt und von endlicher Zahl. An oberster Stelle steht das Gebot: „Es gibt keine Alternative“. Dem folgen Sprüche wie:

Die Sozialausgaben des Staats sind ständig gestiegen.

Die Unternehmenssteuern sind zu hoch.

Die Sozialhilfe wird in großem Umfang missbraucht.

Die Senkung der Lohnnebenkosten schafft Arbeitsplätze.

Im Gesundheitswesen sind die Kosten explodiert.

Der Druck auf die Arbeitslosen muß erhöht werden.

Wir können uns unser Rentensystem nicht mehr leisten

Was davon zu halten ist, darüber kann man sich erkundigen, wenn man will. Der Weg jedenfalls führt vom Modell Deutschland zum Modell Margret. Danach sind die Staaten nicht mehr Akteure für Sicherheit und Wohlstand, sondern zuallererst nationale Wettbewerbsstaaten: „Im weltweiten Wettbewerb gilt es, den Standort Deutschland zukunftsfest zu machen“ (Kanzler Schröder bei der Ankündigung der agenda 2010).

Die gängige Vorstellung bisher war ja immer: Wir haben eine Entwicklungsstufe erreicht und der Süden dieses Planeten soll dies nach dem Muster des Nordens auch schaffen. Manche

nannten das lange Zeit „Modernisierung“. Die Ideologie heute besagt: Wir brauchen eine „Umstrukturierung“ des Nordens, und in der Praxis läuft das nach dem Muster, das die Länder des Südens vorgeben. „Strukturanpassungsprogramme“, wie sie der IWF wirtschaftlich maroden Drittweltstaaten als Einheitsbrei unterschiedslos verpasst, werden jetzt nach ebensolchen neoliberalen Grundsätzen unseren Ländern verordnet. Man nennt das hier „Reformen“. Der Treppenwitz ist: wir verdanken es einer sozialdemokratischen Regierung im internationalen Labour-Konsens, die die eigene Struktur den „neuen Erfordernissen“ angepasst hat und sich damit überflüssig macht. Wie die GRÜNEN, die eine Politik für die Umwelt gerade so weit realisieren, wie es der Markt hergibt und es der Kanzler bzw. sein Wirtschaftsminister durchgehen läßt.

Das Modell Silvio

S'ist Krieg. Und im Krieg stirbt die Demokratie bald nach der Wahrheit. Zumindest hat sie Probleme mit dem Überleben.

Wieviel Demokratie können wir uns in Zukunft leisten? Wieviel brauchen wir und wie viel ist überflüssig? Zumal in Sachen „Freiheit“ dem „Osten“ Europas nichts mehr bewiesen werden muß und bei der Sache mit der sozial gerechten Verteilung der Kommunismus sich selbst ausmanövriert hat und keine Konkurrenz mehr darstellt.

Der Kabarettist in mir fragt – ganz vorsichtig natürlich: Könnte es nicht sein, dass das, was Berlusconi in Italien inszeniert, eine Art Machbarkeitsstudie für Wege darstellt, künftig mit wesentlich weniger demokratischer Kultur und Praxis als Wirtschaftsstandort problemlos über die Runden zu kommen? Oder vielleicht ist das Modell Silvio bereits ein Pilotprojekt und andere Länder in der EU bekommen Appetit darauf?

Die Ausschaltung der Parlamente – national und EU – bei wichtigen politischen Weichenstellungen ist ja bereits seit längerem in Gange. Die Bestrebungen sind offenkundig, das Recht transnationaler Konzerne auf ungehinderten und deregulierten Handel international in der EU-Verfassung und in den GATS-Verträgen ganz oben zu platzieren – höherrangig als soziale Menschenrechte, als das Recht auf überlebensgerechte Umwelt, auf Schutz vor Willkür in gentechnischen Eingriffen in die Natur.

Unser Innenminister hat als Reaktion auf den 11. September sofort und ohne Not Einschränkungen der Bürgerrechte im großen Stil durchgesetzt. Und der Drang mancher „Sicherheitspolitiker“ zur Überwachung öffentlicher Räume bis hin zur nachvollziehbaren Kontrolle finanzieller Aktionen nicht etwa der Kapitalgesellschaften, sondern der Verbraucher, läßt auf umfangreiche Überwachungsinteressen schließen, die in der Regel nur auf Anlässe warten, um sich durchzusetzen.

Nein, keine Verschwörungstheorie. Aber wir sollten sorgfältig beobachten und jeder und jede sollte sich seine, nicht fremde Gedanken machen.

Option für den Geiz?

Geiz ist geil!! Gier ist geil!!

Das Problem ist nicht, dass es Reiche gibt, das Problem ist vielmehr, dass es Bereicherung gibt - fortdauernd und systematisch. Und wo es sie gibt, da gibt es Verarmung – fortdauernd und systematisch.

Es ist ja nicht so, dass arm zu werden Schicksal oder Versagen und reich zu werden Leistung und nur dieses sei. „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“.

Option für die Armen? Oder die „Schwachen“? Das ist es nicht. Das wäre die Beobachtungs- und Handlungsweise des Samariters auf seinem Esel gen Jericho. Das Problem bei dieser Geschichte ist, dass die Priester, die vorbeiritten, auf die gehobene Sicht des Esels beharrten, der Samariter diese Sichtweise verließ und Boden unter den Füßen gewann. Alle Beteiligten haben aber nichts gegen das Räuberunwesen getan: Option für die Schwachgemachten, die politisch/strukturell Ausgegrenzten, Option gegen arm machendes Treiben, gegen strukturelle Gewalt. So gesehen gehört das Management transnationaler

Kapitalgesellschaften zu strukturellen Gewalttätern – ob sie es wollen oder nicht. Was ist das Ausrauben einer Bank im Vergleich zur Gründung einer solchen.

Das Soziale neu denken?

Die deutschen katholischen Bischöfe haben im Dezember durch eine Fachkommission einem „Impulstext“ herausgegeben mit dem Titel: „Das Soziale neu denken“. Nicht etwa, was fällig wäre, „Wirtschaft neu denken“, auch nicht „Das Neue sozial denken“.

Was heißt es, den „Sozialgedanken“ neu zu fassen? Einen Wechsel in den Grundsätzen, Grundannahmen, Paradigmen? Ich fürchte, darauf läuft es hinaus, und – Lektüre unterstellt - Arbeits- und Sozialhilfeempfänger, Alleinerziehende, RentnerInnen würden sich herzlich bedanken.

Eine Absicht, so in einer Meldung der KNA, wäre gewesen, „die Globalisierung ethisch zu gestalten“. Das ist lobenswert, funktioniert aber nicht in (geistiger) Klausur. Denn es ist das Manko der vielen gutachterlichen Äußerungen aus den lichten Höhen der Intellektuellen, heißen sie nun Rürup oder anders: Man muß ihnen vergeben, denn Sie wissen nicht, was sich tut (im Lande). Alle, die sich gegen Sozialabbau engagieren, bräuchten dringend Rückhalt, wie es das Sozialwort der beiden Kirchen von 1997 auf vorbildliche Weise war. Das aktuelle Papier geht leider dahinter zurück. Norbert Blüm nannte es eine „Anpassung an den Zeitgeist“.

Das Soziale neu erkämpfen, bevor es weiter zertrümmert wird, das stieße auf Verständnis.

Die katholische Kirche sollte nicht der Sozialdemokratie nacheifern – dort treten die Mitglieder massenhaft aus der Partei aus, weil sie den Verrat und die Zumutungen nicht länger mitmachen wollen. Für die Kirche wäre das rein kirchensteuermäßig schon besorgniserregend.